

Christopher Street Day die verlagsseiten der taz

Wesentliches wurde erreicht. Grund genug zum Feiern! Foto: Emmanuelle Contini/ZUMA Press/Imago images

„Wir haben das geschafft“

Seit 50 Jahren findet queere Emanzipation immer öffentlicher statt. Mit einer Fülle von Erfolgen. Das kann so weitergehen – nur wie? Und wofür?

Von Jan Feddersen



BRILLENWERKSTATT
 Dircksenstr. 48 Am Hackeschen Markt Oranienstr. 32 Mehringdamm 66
 Bowe by Brillenwerkstatt Kaiserdamm 5 www.brillenwerkstatt.de

Genügend Abstand und größte Sorgfalt bei der Beratung und Augenprüfung

Terminbuchung online möglich!

supermarché Jetzt mit Online Shop

Ökofaire Mode für alle*

Better wear fair!

Wiener Straße 16 * Berlin-Kreuzberg
 supermarche-berlin.shop

QUEER. SOZIAL. LINKS. 20.22

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

- volle Rechte und Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche Menschen
- queere Menschen im Grundgesetz Art. 3, Abs. 3 schützen
- Gleichstellung queerer Familien und Verantwortungsgemeinschaften
- Asylrecht und Schutz für verfolgte Queers
- Obdach- und Wohnungslosigkeit von queeren Jugendlichen beenden
- das Soziale in der Queerpolitik stärken

Weitere Informationen: www.linksfraktion.de

Vor wenigen Stunden las ich von meiner guten Bekannten Trude, dass bei ihrem Ausflug ins Mecklenburgische in Schwerin ein Räuber versuchte, ihr die Handtasche zu entwenden und sie dabei auch persönlich schmähte – mit irgendwas übel Abträglichen in Sachen Trans. Trude war nämlich mal ein Mann. Der Täter hatte wohl nicht damit gerechnet, dass sie sich wehren würde. Dann sprang auch noch eine zufällig am Tatort vorbeilaufende Frau Trude bei, und später nahm sich die Polizei des Falles an, inklusive Festnahme des Täters.

Das war ja nicht immer so. Was einst galt – und was jeder schwule Mann, jede lesbische Frau, jede Transperson natürlich wusste –, war klassische Täter-Opfer-Umkehr. Wurde man körperlich überfallen oder mit Worten geschmäht und versuchte, dies zur Anzeige zu bringen, konnte man nicht auf solidarische Hilfe rechnen, auch kaum mit souveräner Ermittlung der Polizei; die machte sich oft über trans Menschen lustig.

Queere Menschen waren unsichtbar, schwule Männer waren bis 1969 strafrechtlich sogar prinzipiell verfolgt. Alles spielte sich in Undergrounds ab, in Kneipen, Bars, Theatercafés, privaten Wohnungen. Das hat sich erheblich geändert, genauer gesagt: Wir haben das geändert. Schwule und Lesben, über die Jahre seit den frühen Siebzigern auch immer mehr trans Menschen. Wir nahmen uns das unhintergehbare Recht, zu sagen, was zu sagen ist: Wir sind da – und wollen nicht abschätzig oder gar diskriminierend behandelt werden. Wir machten uns selbst, um eine Formulierung von Carolin Emcke zu nutzen, „sagbar“.

Die Angst ist verschwunden. Noch eine kleine Anekdote: Vor rund 25 Jahren lernte ich in Hamburg einen Mann kennen, der aus der DDR kam. In Hamburg ließ er seine Wünsche nach Frau und Kindern zurück – nach schwul zu leben. Besser: Um homosexuell unbeobachteter zu leben als in seiner alten Heimat.

In der schwulen Sauna lernte er einen Mann kennen, mit dem er sich später auch jenseits der Schwitzräume traf.

Bei erster Gelegenheit wurde dieser Freund jedoch erpresst: Entweder du bezahlst oder ich erzähle deinem Arbeitgeber von deinem Schwulsein. Eine Geldübergabe wurde verabredet. Aber der Freund von mir verpasste dem Erpresser an einer Bushaltestelle ein paar Faustschläge, statt ihm Geld zu geben. So war das früher: Schwule und Lesben hatten horrende Angst, dass in ihren Büros und Werkstätten jemand von ihrer Nichtheterosexualität erfahren könnte. Das ist zum Teil immer noch der Fall, aber das einst Übliche, die Erpressbarkeit, dieses bleierne Gefühl, über eine böse entzündliche Achillesferse zu verfügen, ist weitgehend verschwunden.

Zwischen damals und heute haben sich die Verhältnisse nicht ins Paradiesische verändert. Aber ins fundamental Bessere. Wir feiern CSDs als öffentliche Partys mit politischem Unterfutter. Nicht nur in Berlin, nicht wie neulich in Köln als städtisches Happening, sondern auch in kleinen Städten. Die Nachrichtensendungen berichten darüber durchweg positiv. Queeres als Versammlung buntester Art gilt als normal. Was denn auch sonst?

Wir sollten das feiern: Dass die Zeiten der Erpressbarkeit nur noch bei Älteren ein verblässender Alptraum sind – wenigstens hierzulande, wie in fast allen westlichen Ländern mit jahrzehntelanger Geschichte sozialer Bewegungen. Dass ein Ministerpräsident der CDU wie Hendrik Wüst sich selbstverständlich in Köln beim CSD sehen lässt, wäre vor drei Dekaden undenkbar gewesen. In Polen oder gar in Russland (mit seinen homo- und transphoben Gesetzen) ist das jenseits der Möglichkeiten – wobei in Warschau und anderen Städten unseres Nachbarlandes CSDs ja immerhin stattfinden können.

Feiern sollten wir, dass das Wesentliche erreicht wurde. Schwule und Lesben sind, aus

dem Blickwinkel von heterosexuell orientierten Menschen, vielleicht anders, aber keine Aliens, die es zu züchtigen gilt. So minderheitlich wie die Linkshändigkeit – die Kindern in Schulen brutal abgeöhnt wurde – bei Menschen: eine Minderheit, nichts weiter, ebenso okay wie Rechtschändigkeit das Gewohnte ist.

Was politisch bleibt, ist: unsere Präsenz öffentlich zu prei-

selbstbestimmungsrecht wird. Klar, besonders auf Druck der Grünen und der FDP wird dazu ein Gesetz verabschiedet werden, mutmaßlich Ende des Jahres. Aber noch ist es nicht im Bundestag verhandelt worden. Es geht um nicht unwichtige Fragen: Sind Frauen geschützt, die nicht möchten, dass Transfrauen, die einen Penis haben, ihre Räume benutzen, beim Sport etwa? Gehen Grüne und FDP auf diese Bedenken ein? Oder gehen sie ins volle politische Risiko, einfach ihr Ding durchzusetzen, ohne Rücksicht auf klassisch-feministische Bedenken? Setzen diese beiden Parteien in dieser Frage auf die politische Spaltung des Landes? Denn das Gesetz ist den meisten Menschen im Lande gleichgültig. Queeres mit oder ohne Stern, (narzisstische) Ausstellung der Pronomen (he/his oder she/her), Spielchen um den Abschied von Geschlechtsbinaritäten, das alles ist eigentlich Kinderkram für 98 Prozent aller Wähler jenseits der großen Städte.

Politisches Risiko

Die Union – die AfD ja sowieso, aber auf die kommt es nun echt nicht an – wird gegen das Gesetz stimmen, das ist sicher. Aber die politische Erfahrung lehrt, dass Gesetze, die uns betreffen, am besten befolgt werden, wenn sie auch von wesentlichen Teilen der Opposition getragen werden. So war es vor fünf Jahren bei der Ehe für alle, als die meisten tonangebenden Abgeordneten der Union zustimmten. Die weitere Entwicklung wird also spannend – im Wortsinn.

Mir ist es aber wichtiger, darüber zu berichten, dass eine gute Bekannte wie die transsexuelle Trude endlich als Frau anerkannt wird – und sich zur Wehr setzt. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Bräuchte ich mal einen Bodyguard-Service: Ich würde auf Trude bauen. Mit Menschen wie ihr geht es sich wesentlich leichter durch die Welt.

Anzeige

Mösenmassage



megasmisch



nur bei sExklusivitäten

sen, wie bei den CSDs. Ja, das SoSein ist politisch, da braucht es keine besonderen politischen Forderungskataloge. „United in LOVE“, wie das Motto des hauptstädtischen CSD dieses Jahr lautet. Es gibt bessere Motti, aber was sollten die Leute im CSD-Kreis auch machen: Das Diskriminierende schlechthin ist ja abgeräumt, sogar das heterosexuelle Paare privilegierende Eherecht wurde vor fünf Jahren getilgt mit der Ehe für alle.

Über den Rest wird gestritten, mehr und mehr auch in der nichtqueeren Öffentlichkeit. Eine Grundgesetzweiterung mit einer Passage, die auch ausdrücklichen Schutz der sexuellen Orientierung (oder Identität) benennt, steht auf der Agenda. Aber sie ist unsicher, weil es hierfür eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag braucht. Außerdem kann ja nicht jede se-

Blockadehaltung überwinden

Laut Koalitionsvertrag soll der Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes um Diskriminierung aufgrund von sexueller Identität erweitert werden. Doch dafür bräuchte die Ampelkoalition Stimmen der Opposition

Von **Stefan Hunglinger**

Diskriminierung aufgrund von sexueller und geschlechtlicher Identität gehört verboten. Und zwar im Grundgesetz. Das fordern der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) und viele andere queere Gruppen schon seit über zehn Jahren. Die Ampelkoalition hat die Verfassungsänderung versprochen. Wird sie sich auch daran halten?

In Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Dieser Katalog sollte 1949 eine demokratische Antwort geben auf die nationalsozialistische Ideologie der Ungleichwertigkeit. Doch Rassismus etwa blieb auch nach dem Krieg eine alltägliche Realität in Deutschland. Auch Frauen wurden – und werden weiter – nicht gleich behandelt. Staat und Gesellschaft behindern das noch immer, obwohl 1994 im Grundgesetz ergänzt wurde, dass der Staat die „tatsächliche Durchsetzung“ der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern solle.

Und obwohl die Nazis auch queere Menschen verfolgt haben, verweigerten die 61 Väter und vier Mütter des Grundgesetzes dieser Gruppe eine explizite Nennung. Die DDR hielt noch bis 1950 an der Nazi-Version des „Schwulenparagrafen“ 175 fest, der „unzüchtige“ Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte – die BRD sogar zwei Jahrzehnte länger. Erst 1994 wurde der 175er endgültig aufgehoben. Circa 140.000 Schwule und Bisexuelle wurden nach seinen verschiedenen Versionen verurteilt.

Für Henny Engels aus dem Bundesvorstand des LSVD ist diese Geschichte ein guter Grund, sexueller und geschlechtlicher Identität einen Platz in Artikel 3 zu geben. Auch würde dadurch anti-queere Hasskriminalität juristisch schwerer wiegen. Und: Es gäbe zukünftig keinen stichhaltigen Grund mehr, queer-inklusive Bildungspläne zu verhindern, sagt Engels der taz. Das gelang einer rechten Bewegung in Baden-Württemberg noch 2015.

Die Erweiterung des Gleichstellungsartikels um die sexuelle Identität hat es schon einmal in den Bundestag geschafft. 2019 haben Grüne, FDP und die Linke einen entsprechenden Antrag eingebracht. Doch von den Unionsparteien hieß es damals formal, eine „Aufblähung des Grundgesetzes wäre weder hilfreich noch wünschenswert“. Um den Koalitionsfrieden zu wahren, verweigerten die Sozialdemokrat:innen ihre Zustimmung.

Doch jetzt ist die SPD Kanzlerpartei und regiert mit Befürworter:innen. „Wir wollen den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein Verbot der Diskriminierung wegen se-

xueller Identität ergänzen und den Begriff ‚Rasse‘ im Grundgesetz ersetzen“, hat sich die Ampel in ihren Koalitionsvertrag geschrieben.

Das sei ein positives Signal, sagt Kalle Humpfner vom Bundesverband Trans* (BVT). „Nun gilt es zu diskutieren, wie die Verfassungsänderung am besten ausgestaltet wird. Hier müssen trans*, inter* und nicht-binäre Personen auf jeden Fall mitgedacht werden.“ Auch Henny Engels vom LSVD sagt: „Wir fordern den Gesetzgeber auf, dass die Formulierung den Schutz der gesamten queeren Community sicherstellt, also auch zum Beispiel trans und inter Personen.“

Denn die Sorge der Initiative „Grundgesetz für alle“, der sowohl BVT* als auch LSVD angehören, ist, dass die Parlamentarier:innen bei einer Änderung des Antidiskriminierungsartikels nur die sexuelle Identität, nicht aber die Geschlechtsidentität berücksichtigen. Prominente wie Anne Will, Carolin Emcke und Ingo Zamperoni unterstützen „Grundgesetz für alle“. Henny Engels vom LSVD sagt auch: „Wir erwarten, dass die Erweiterung des Artikels 3, Absatz 3, in der Legislaturperiode rechtzeitig angegangen wird, sodass sie nicht der Diskontinuität zum Opfer fällt.“ Wann also kommt der entsprechende Gesetzentwurf?

Der queerpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Falko Droßmann sagt auf Anfrage der taz: „Wir sind gute Dinge, dass dieses wichtige politische Vorhaben bald umgesetzt werden kann, da mitt-

Trans*, inter* und nicht-binäre Personen müssen auf jeden Fall mitgedacht werden

Kalle Humpfner

lerweile sogar die CSU in Augsburg öffentlich die Erweiterung des Artikels 3 GG fordert.“ Es sei höchste Zeit, dass die Union ihre Blockadehaltung „ganzheitlich“ aufgibt. Denn die Ampel allein kann das Grundgesetz gar nicht ändern. Dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit, die auch zusammen mit der ebenfalls oppositionellen Linken nicht gegeben ist.

Doch die Unions-Blockade bröckelt, nicht nur in Augsburg. Im März 2021 machte sich beispielsweise Tobias Hans, damals noch CDU-Ministerpräsident des Saarlands, für die Reform stark. Norbert Röttgen, der bis dahin nicht mit LGBTI-freundlichen Äußerungen aufgefallen ist, überraschte kurz darauf mit seiner Unterstützung. Und im Frühjahr dieses Jahres sprach sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst für die Erweiterung aus. „Es bräuchte nach unserer Rechnung 39 Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion“, sagt Henny Engels vom LSVD. „Wir hoffen aber, dass es eine größere Mehrheit aus der Union dafür geben

wird.“ In der Gesamtbevölkerung sieht es laut einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) von 2019 so aus: 52 Prozent waren für die Aufnahme der sexuellen Orientierung in die Verfassung. Ein Drittel (33 Prozent) war eher oder voll und ganz dagegen. Etwas weniger Befragte waren der Ansicht, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität festgeschrieben werden sollte. Hier stehen 49 Prozent Zustimmung gegen 35 Prozent Ablehnung.

Auffällig sei laut ADS, „dass relativ viele Befragte die Frage nicht beantworteten konnten oder wollten und daher ‚weiß nicht‘ oder ‚keine Angabe‘ abgegeben haben“. Der Wert lag bei 16 Prozent. Und das war noch vor Covid. Gibt es für die



1.051 Regenbogenflaggen – das entspricht der Zahl der Straßaten gegen queere Menschen 2021 Foto: M. Schmidt/imagio-images

Menschen in Deutschland also schlicht wichtigere Fragen? Und das vielleicht zu Recht? „Ohne Zweifel haben wir mit der Coronapandemie und dem Angriffskrieg Russlands auf

die Ukraine große Probleme“, sagt Henny Engels auf diese Frage. „Das kann aber kein Grund sein, bestehende Konflikte um Grundrechte hintanzustellen.“

Grundgesetz für Alle

Im Februar 2021 startete die Initiative „Grundgesetz für Alle“. Es ist ein Zusammenschluss von mehr als 200 bundesweit tätigen queeren Organisationen, Unternehmen und Prominenten wie unter anderem Anne Will, Udo Lindenberg und Rosa von Praunheim sowie Bundestagsabgeordneten. Gefordert wird ein Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität durch eine **Ergänzung des Artikels 3, Absatz 3 Grundgesetz**. Eine dafür gestartete Petition hatte Mitte Juli schon über **93.000 Unterschriften**; die Zielmarke sind 100.000. Infos unter: grundgesetz-fuer-alle.de.

Gleiche Würde Gleiche Rechte

Du bist queer und erlebst Diskriminierung – etwa im Job,
bei der Wohnungssuche oder bei einer Hotelbuchung?
Lass Dir Diskriminierung nicht gefallen!

Wir setzen uns für Deine Rechte ein und beraten Dich.

www.antidiskriminierungsstelle.de
Servicebüro: 0800 546 546 5

Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

Die Jüngeren sind toleranter

Menschen aus der LGBTQ-Szene Osteuropas sind in ihrer Heimat oft großer Diskriminierung ausgesetzt. Nun haben sich zahlreiche Organisationen zum Bündnis „Queere Nothilfe Ukraine“ zusammengeschlossen

Von Lena Bammert

Unter den ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Ukraine eigentlich eine der fortschrittlichsten, wenn es um den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von queeren Personen geht. Vor der Pandemie gab es in den großen Städten gut besuchte Pride-Paraden und auch rechtlich tut sich einiges. Die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität am Arbeitsplatz ist seit 2015 verboten, ein Jahr später wurde das Verfahren zur Geschlechtsumwandlung erheblich vereinfacht und seit 2021 dürfen homosexuelle Menschen Blut spenden.

Die Aktivistin Oleksandra Semenova kämpft seit Jahren für diese Veränderungen. Die 37-Jährige ist lesbisch, „sehr stressresistent“, hat „absolut keine Angst vor ihrem Alter“ und setzt sich mit ihrer NGO „You are not alone“ für LGBTQ-Rechte in ihrer Heimatstadt Schytomyr ein.

„Die Lebensbedingungen für queere Menschen in der Ukraine haben sich in den letzten Jahren verbessert, die jüngere Generation ist deutlich toleranter“, schreibt Semenova per Mail. „Gleichzeitig hat der Druck radikaler Gruppen zugenommen. Sie werden häufig von ehemaligen Vertretern russischer ul-



Ein Foto aus besseren Zeiten: Pride-Parade in Kiew im Juni 2019
Foto: Pavlo Gonchar/ZUMA Wire/Imago images

tra-nationalistischer Bewegungen angeführt und predigen eine offene Feindseligkeit gegenüber LGBTQ-Menschen.“

Die rechten Gruppen sind nicht die einzigen, die in der Ukraine gegen queere Menschen predigen. Der All-Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen (AUCCRO)

sprach sich sowohl gegen das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz als auch gegen die Kriminalisierung von Hassverbrechen und gegen die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen oder Lebenspartnerschaften aus. In der Regel waren die Lobbying-Bemühungen der führenden Kirchen erfolgreich.

Mit Ausnahme der Antidiskriminierungs-Änderungen am Arbeitsgesetzbuch hat das ukrainische Parlament alle Gesetzesentwürfe abgelehnt.

Seit dem Angriffskrieg Russlands sind die homophoben Stimmen leiser geworden, es geht gerade für alle ums Überleben, die Sexualität oder Geschlechtsidentität rückt größtenteils in den Hintergrund. Doch auch bestimmte Schutzmechanismen greifen zur Zeit nicht, erklärt Andrii Kravchuk vom Nash Svit Center, einer Menschenrechtsorganisation, die vor mehr als 20 Jahren von einer Gruppe russischsprachiger schwuler Aktivisten in Luhansk gegründet wurde.

So gibt es in der Ukraine momentan nur wenige Zufluchtsorte für LGBTQ-Personen. Trans Menschen wiederum fehlt es an Medikamenten für ihre Transition und in den von Russland besetzten Gebieten kann es für queere Personen schnell gefährlich werden. „Die größten Probleme der ukrainischen LGBTQ-Bewegung entstehen derzeit dadurch, dass Mitglieder von Organisationen häufig selbst zu Geflüchteten werden und einige Initiativen gezwungen waren, in andere Städte umzuziehen“, sagt Kravchuk.

Oleksandra Semenova floh in der ersten Woche des Krieges, als die Bomben auf ihre Heimatstadt fielen und sowohl ihre Partnerin als auch ihre Mutter zum ersten Mal in ihrem Leben Panikattacken bekamen. Zusammen mit ihren drei Katzen schafften sie es aus Schytomyr nach München. Dort wurde ihnen von Munich Kyiv Queer geholfen. Die Kontaktgruppe ist

Teil des Bündnisses „Queere Nothilfe Ukraine“, einem Zusammenschluss zahlreicher Organisationen aus der LGBTQ-Community, die sich speziell für queere Geflüchtete aus der Ukraine einsetzen.

Vadim Mirovsky unterstützt Munich Kyiv Queer seit Anfang April ehrenamtlich. Er kommt ursprünglich aus Usbekistan, seine Vorfahren aus der Ukraine. Menschen wie Semenova nennt Mirovsky nicht „Geflüchtete“ sondern „Menschen, die bei uns zu Gast sind“. Er hilft ihnen mit der deutschen Bürokratie, beantwortet Anfragen, ruft

Queeren Geflüchteten sichere Unterkünfte zu vermitteln, wird immer schwieriger

Ämter an, versucht Tipps zu geben, das System zu erklären. Der 39-Jährige erzählt von Paaren, die sich anfangs nicht trauten, sich vor den Behörden zu outen. „Die Menschen, die hierherkommen, müssen sich erst neu finden“, sagt er.

Munich Kyiv Queer vermittelt den queeren Geflüchteten auch sichere Unterkünfte. Aber das wird immer schwieriger. „Die Romantik der anfänglichen Willkommenskultur ist nicht mehr da. Die Gastfamilien sind müde, wollen Zeit für sich. Die melden sich nicht mehr bei uns“, sagt Mirovsky. „Wenn jetzt eine private Unterkunft wegbricht, dann muss diese Person in eine Sammelunterkunft oder ein Ankerzentrum gebracht

werden. Wer weiß, was dann passiert, wie ihr Leben wird.“

Mirovsky weiß von einer HIV-positiven Frau, die ständig in der Frage lebt, dass die anderen Frauen in ihrem Zimmer von ihrer Erkrankung erfahren. Für queere Menschen sind Gruppenunterkünfte ohnehin oft Orte der Angst, weil sie ständig auf die Akzeptanz und Toleranz anderer Menschen angewiesen sind.

Die Bedeutung einer sicheren Wohnsituation bestätigt auch Quarteeera aus Berlin. Der Verein ist ebenfalls Teil des Bündnisses „Queere Nothilfe Ukraine“ und wurde vor über zehn Jahren von russischsprachigen Menschen aus der Community gegründet. Die meisten Geflüchteten, die über Quarteeera betreut werden, möchten laut der Organisation in Berlin bleiben und suchen dort nach einer Unterkunft, da es an anderen Orten kaum queere Strukturen gibt, vor allem keine russisch- oder ukrainischsprachigen. Viele Geflüchtete haben laut Quarteeera Angst, Berlin zu verlassen und keinen Zugang zur Community mehr zu haben, keine Unterstützung mehr zu bekommen.

Oleksandra Semenova ist untergekommen und macht in Deutschland weiter, wo sie in der Ukraine aufhören musste: Sie hilft Menschen. In ihrem Heimatland tat sie das mit ihrer NGO „You are not alone“, hier macht sie es mit Munich Kyiv Queer. Sie betreut deren Social Media, hilft den Geflüchteten bei der Wohnungssuche oder mit Dokumenten für eine Aufenthaltsgenehmigung. Sie klärt außerdem, ob die Menschen finanzielle Hilfe für die Evakuierung nach Deutschland benötigen. „Ich hoffe wirklich, dass alles so schnell wie möglich vorbei ist. Ich möchte einfach nur einen friedlichen Himmel“, schreibt sie.

Semenova hatte viele Pläne für das kommende Jahr. Ausflüge, Praktika und Trainings mit ihrer NGO. Zeit mit ihrer Partnerin, ihren Katzen verbringen. „Der Krieg war definitiv nicht Teil dieser Pläne. Er hat sie einfach durchgestrichen.“

Die Hoffnung hat er ihr nicht geraubt. „Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass die Ukraine nach dem Sieg gegen Russland ein freies und wohlhabendes europäisches Land sein wird“, schreibt Semenova. Die ukrainische LGBTQ-Gemeinschaft brauche die gleichen Rechte, die Westeuropa bereits habe. Dann, so hofft Semenova, werden „unsere Leute endlich aufhören, aus dem Land zu fliehen, und sie werden mit ihren Regenbogenfamilien eine glückliche Zukunft in unserem Heimatland aufbauen.“

Das Einzige,
das ansteckend sein sollte:
Lebensfreude.

#InventingforLove

Weitere Informationen finden Sie auf: www.msd.de

Hilfe für queere Geflüchtete

Das Bündnis **Queere Nothilfe Ukraine** ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen aus der LGBTQ*-Community in Deutschland. Es unterstützt queere Menschen, die aus der Ukraine fliehen mussten oder noch im Land sind. Neben der Vermittlung in **sichere Unterkünfte** in (Ost-) Europa sowie Deutschland liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit in der **Soforthilfe** in der **Ukraine**. Dafür werden Spenden benötigt. Möglich ist das unter anderem per Überweisung unter dem Verwendungszweck „Queere Nothilfe Ukraine“ an: Aktionsbündnis gegen Homophobie e. V., Sparkasse Trier, Konto: 10 10 321, BLZ: 585 501 30, IBAN: DE5585501300001010321, BIC: TRISDE55XXX. Infos unter: www.queere-nothilfe-ukraine.de.

Neu in Deutschland Ankommende können sich auf der Webseite zugportal.de rund um das Thema **Reisen mit dem Zug** informieren.

Mit allgemeinen **Fragen** können sich LGBTQI*-Geflüchtete in verschiedenen Sprachen per E-Mail an help@quarteeera.de wenden.

Der **Paritätische Gesamtverband** hat **rechtlich Relevantes** – wie zur Aufenthaltserlaubnis, zum Aufenthaltstitel und zur Registrierung – zusammengetragen. www.der-paritaetische.de.

Infos zum **Gesundheitssystem** findet man auf der Webseite QueerRefugeesWelcome.de.

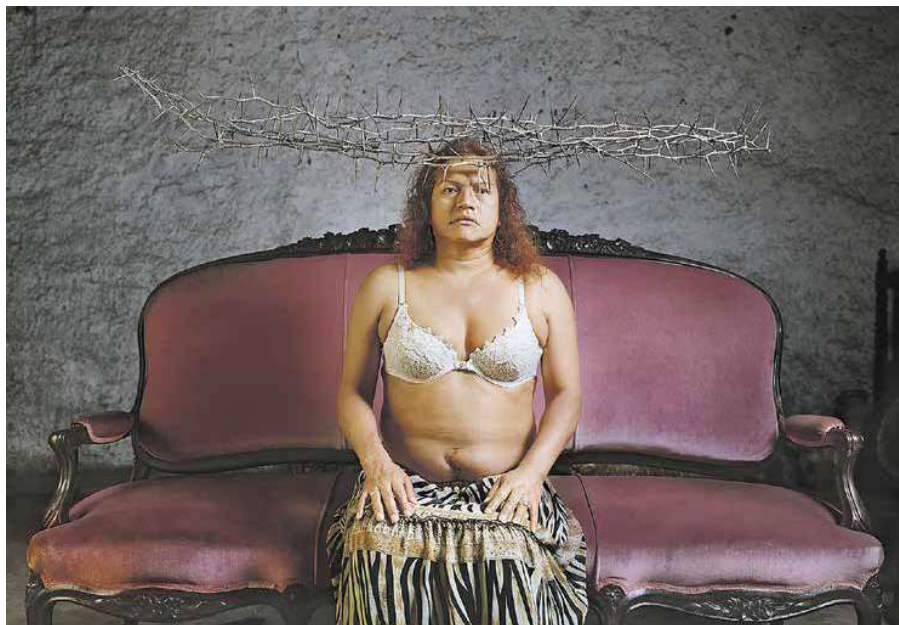
MSD Sharp & Dohme GmbH



DE-NON-02258

Die Vulva Jesu

In ihrem neuen Buch plädiert Elke Pahud de Mortanges für die Anerkennung queerer Menschen im Innenraum des Christentums



Leidend und würdevoll: Gabi, eine trans Frau aus Lima – aus der Serie „Virgenes de la Puerta“, 2014
Foto: Juan José Barboza-Gubo & Andrew Mroczek

Von **Stefan Hunglinger**

Gabys Hände ruhen auf den Oberschenkeln. Auf ihrem Bauch ist eine krumme Narbe zu sehen, sie trägt einen leuchtend weißen BH. Über dem Kopf der trans Frau aus Lima schwebt eine enorme Dornenkrone. Gaby blickt frontal in die Kamera, ihr Blick scheint eine Antwort zu verlangen.

Das neue Buch der Theologin Elke Pahud de Mortanges möchte eine solche Antwort geben. Ausgehend von der Fotografie Gaby aus der Serie *Virgenes de la Puerta* von Andrew Mroczek und Juan José Barboza-Gubo, untersucht die Autorin die Rolle des Körpers in den Erinnerungskulturen des Christentums.

„Bodies of Memory and Grace“ ist ein durch und durch katholisches Buch. Denn es tritt an gegen das *Sola scriptura*, gegen die lutherische Textfixierung. „So richtig und so wichtig Schrift und Wort, Bibel und Texte sind“, schreibt Pahud de Mortanges in ihrem Vorwort, „so lassen sie uns doch allzu leicht vergessen, dass der primordiale, eigentliche Gedächtnisort des Christlichen der Körper ist. Das Wort ist nicht Buch, sondern Fleisch geworden.“ Der Gott des Christentums: bereit zu bluten wie ein Mensch. Katholisch ist „Bodies of Memory and Grace“

auch in seiner weltumspannenden (griech. *katholikós*) Perspektive. Durch die Wahl Gabys als Leitmotiv ist ein gewisser Fokus auf den peruanischen – nicht gerade queerfreundlichen – Kontext gegeben.

Pahud de Mortanges beschreibt jedoch auch „individuelle und überindividuelle Formen des Embodiments“ in den christlichen Erinnerungskulturen der Levante, der Philippinen und Mexikos. Mit schweizerischer Selbstverständlichkeit setzen Autorin und Verlag bei ihren Leser*innen Mehrsprachigkeit voraus. Denn viele Fachbegriffe, Zitate und Fuß-

So wichtig Wort, Bibel und Texte sind. Der Gedächtnisort des Christlichen ist der Körper

noten sind im englischen, spanischen oder französischen Original abgedruckt.

De Mortanges arbeitet als außerplanmäßige Professorin in Freiburg und als Lehrbeauftragte in Fribourg in der Schweiz. Ihr Fach ist die Dogmatik, in diesem Buch tritt sie aber nicht als Dogmatikerin auf. Eher als Kulturwissenschaftlerin, für

die Europa nicht weniger fremd ist, als die anderen Erdteile. Gerüstet mit den hermeneutischen Werkzeugen der Theoretiker*innen Jan und Aleida Assmann sowie Judith Butlers, deckt Pahud de Mortanges weitgehend Unbekanntes aus der europäischen Christentums-geschichte auf und lässt Bekanntes in neuem Licht dastehen.

Etwa, wenn sie die asketischen und selbstverletzenden Praktiken des Mystikers Heinrich Seuse oder der Franziskus-Gefährtin Klara von Assisi nicht als Abtötung – also Neutralisierung – des Fleisches liest, sondern gerade als intensive körperliche Erfahrung. Oder wenn sie Darstellungen der Seitenwunde Jesu in Gebetbüchern des 14. Jahrhunderts als Vulva interpretiert. Der Passionsleib Jesu: für Elke Pahud de Mortanges sprengt er die Gendergrenzen.

Auf dem zügig beschrittenen Weg hin zur Gegenwart legt Pahud de Mortanges in ihrem reich bebilderten Buch auch noch bei der Kunst der Moderne einen Stopp ein. Sie vermag zu zeigen, wie Frida Kahlo, Marina Abramović und Alfred Hrdlicka christliche Körpermotive fortgeschrieben, adaptiert, performt und transportiert haben.

„Bodies of Memory and Grace“ mündet in einem Plädoyer für die Anerkennung quee-

rer Menschen im Innenraum des Christentums. Denn schließlich will es Antwort geben auf das Leben, den Blick, die Narbe einer Person. Gabys BH ist weiß – in der christlichen Ikonografie die Farbe der Unschuld und der Jungfrau Maria. „Solchermaßen als Virgen und body of grace ausgewiesen, trägt sie jedoch nicht das Kind Jesus im Arm und stillt es. Nein, sie trägt

über ihrem Haupt die Dornenkrone des erwachsenen und verhöhten Jesus.“ Leidenswerkzeug und Zeichen königlicher Würde zugleich.

Für Pahud de Mortanges ist Gaby damit auch ein *body of memory*. Die Verkörperung einer „Erinnerung, die gefährlich ist und namentlich ein Stachel im Fleisch des hegemonialen Christentums“. „Bodies of Memory

and Grace“ ist keine theologische Abhandlung im herkömmlichen Sinn. Es ist eine überraschende Spurensuche. Stachelig und vorwärtsgewandt.

Elke Pahud de Mortanges, „Bodies of Memory and Grace. Der Körper in den Erinnerungskulturen des Christentums“, TVZ Verlag, Zürich 2022, 238 Seiten, 26,90 EUR

Wenn weiße Cis-Männer alt werden ...

Die CSD-Paraden können dieses Jahr wieder mit mehr Publikum stattfinden. Der Schutz von Minderheiten und Menschenrechten steht dabei im Fokus

Gegen Ausgrenzung, Hass und Diskriminierung auf die Straße gehen: Darum geht es den „Christopher Street Day“-Umzügen – ob in deutschen Großstädten oder auch bei kleineren Veranstaltungen auf dem Land. Und wir stehen schon inmitten der diesjährigen CSD-Sommersaison – im dritten Jahr der Pandemie findet sie erfreulicherweise wieder mit mehr Publikum statt. In Köln etwa stieg die queere Demo bereits Anfang Juli unter dem Motto „Für Menschenrechte. Viele. Gemeinsam. Stark“ – rund eine Million Zuschauer- und Teilnehmer:innen nahmen an einer der größten CSD-Paraden in Europa teil. Dabei geht es auch immer um konkrete politische Fragen und Forderungen. Der CSD Deutsch-

land e. V. freut sich im aktuellen Grußwort zum Beispiel einerseits darüber, dass eine Bundesregierung erstmals „einen Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bestellt“ habe. Auch die im Koalitionsvertrag aufgenommene Erweiterung des Artikel 3 des Grundgesetzes um die sexuelle Identität wird begrüßt. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass die geschlechtliche Identität ebenfalls mit aufgenommen werden sollte.

Zuguterletzt wird in der Grußbotschaft des Dachverbandes der deutschen CSD-organisierenden Vereine, Initiativen und Projekte auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Bezug genommen – mit dem Verweis, dass der Aggres-

sor immer wieder ein Vokabular verwendet („verweicht“, „unnatürlich“), das die LGBTQ-Community nur allzu gut kennt: „Was wir so oft sehen, wenn weiße cis-Männer alt werden und nicht damit klarkommen, dass die Welt sich weiterdreht: sie schlagen aggressiv um sich.“

Wer dagegen Solidarität mit allen Minderheiten und den Menschenrechten demonstrieren will, kann das auf einer der zahlreichen noch ausstehenden CSD-Aufzüge der nächsten Wochen machen – ob am Sonntag in München, Frankfurt oder Leipzig (jeweils 16. 7.), eine Woche später in Berlin (23. 7.), im August in Hamburg (6. 8.) und Bremen (27. 8.) oder Anfang September in Dresden und Dortmund (jeweils 3. 9.). OS

Vielfalt macht — UNS AUS.

Vielfältig, individuell und dabei immer mitten im Leben und nah an unseren Kund:innen: Die REWE Group.

Für uns sind Toleranz, Wertschätzung und Respekt zentrale Grundwerte. Sie machen uns vielfältig. Sie machen uns stark.

Beim Einkauf von Lebensmitteln, Heimwerker:innen- und Gartenbedarf, bei der Versorgung unterwegs oder bei Ihrem nächsten Urlaub sind wir jeden Tag ein Teil Ihrer Welt.

REWE nahkauf

BILLA

PENNY.

ADEG

Lekkerland

BIPA

toom!

PENNY MARKET

Conway

DER
Touristik

WWW.REWE-GROUP.COM